

Bernhard Bär  
**Frieden zwischen Jena und Bautzen**  
*Reiseskizzen aus der DDR*

Aus: Aus: Initiative Sozialistisches Forum,  
*Frieden – je näher man hinschaut desto fremder schaut es zurück.*  
*Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung,*  
 Freiburg (ça ira - Verlag 1984), S. 270 – 282

*Vorbemerkung*

Sich in den unabhängigen Bewegungen in der DDR zu engagieren, bringt das Risiko der Kriminalisierung mit sich. Um einzelne unter Druck setzen und damit auch ein allgemeines Klima der Verunsicherung schaffen zu können, nützen die DDR-Behörden zahlreiche schwammig formulierte Paragraphen des Strafgesetzbuches aus. Dazu zählt auch die „Weitergabe von nicht staatsgefährdenden Nachrichten“. Mit dieser Begründung wurden beispielsweise zwei Friedensfrauen aus Ostberlin verhaftet und längere Zeit in U-Haft behalten. Zum Schutz der Gesprächspartner wird im folgenden kein Hinweis auf die Orte gegeben, die wir während unserer Reise Ende '83 besucht haben. Ebenso wurden alle Namen geändert.

1.

Der Erste, den wir aus der „DDR-Szene“ treffen, ist ein 18jähriger Lehrling. Uwes hauptsächliches Interesse liegt beim Musikmachen, er träumt von einer Lizenz für öffentliche Auftritte. Er erzählt uns vom Streß, den dieses Öffentlich-Auftreten-Wollen bedeuten kann: Vorspielen vor der zuständigen Kommission, Beziehungen mit Jugendclubleitern pflegen, hier ein bißchen Korruption, da ein guter Bekannter und oft genug sind die anderen doch schneller. Mit Musik Geld verdienen zu wollen, braucht mehr als Können.

Das alles macht er neben der Arbeit, und zu diesem Streß kommt noch der ständige Ärger in der Dreizimmer-Wohnung, in der er mit seinen Eltern leben muß. Trotzdem denken Uwe und seine Freundin nicht ans Heiraten, obwohl das der gängigste Weg ist, um an eine eigene Wohnung zu kommen. Mit 20 oder 22 verheiratet zu sein und ein Kind zu haben, ist durchaus normal.

Uwes augenblicklich bevorzugte Lektüre sind Gesetzestexte. Diese Vorliebe ist bei den „Aussteigern“ – so werden Leute wie Uwe in der DDR bezeichnet – zwangsläufig verbreitet. Die möglichst genaue Kenntnis seiner Rechte und der einem zustehenden Handlungsräume ist unerlässlich, will man nicht über einen der zahlreich versteckten Fallstricke stolpern. DDR-

Organe sind damit schnell bei der Hand, und Gummiparagraphen wie Rowdytum oder verbotene Gruppenbildung liefern den Vorwand zur Kriminalisierung. Dennoch: anscheinend ist noch so mancher Stasi-Büttel zu beeindrucken, wenn man ihm mit dem Wissen um seine eigenen Rechte kommt und ihm dazu die Vorschriften nennt, die er selber gerade außer acht läßt.

Uwe sucht jetzt schon eine ganze Weile nach einer Ausgabe des Wehrdienstgesetzes, da er seinen Antrag auf Anerkennung als Bausoldat gestellt hat. Allerdings ist es ihm noch nicht gelungen, einen Gesetzestext aufzutreiben. Die sind offensichtlich zur Mangelware gemacht worden.

2.

Unsere ersten Erfahrungen mit der heiligen Kuh Plan bringen Erleichterung mit sich: nichts klappt, und so erhält das vorgegebene vollgestopfte Programm einige Löcher und gibt uns Zeit, ohne die offizielle Reisebegleiterin loszuziehen.

In der Stadt stinkt, überall. Ein leichter Schwefelgeruch liegt immer in der Luft; das kommt von der Braunkohleverfeuerung, auf die in der DDR wieder umgestellt wurde, da die Importe von Gas und Öl ein großes Loch in die Handelsbilanzen rissen.

Die Innenstadt ist schnell abgehakt – die gleiche langweilige Fußgängerzone wie in vielen westdeutschen Städten. Gleich nebeneinander verrotten straßenweise Häuser, ein ganzes Viertel. Alte Villen, an deren Renovation jeder Handwerksmann seine helle Freude hätte, verkommen. Wenn die Häuser dem Staat gehören, ist kein Geld zur Renovation da. Wollen die Mieter das Haus selbst erhalten, kommen sie meist nicht an die erforderlichen Materialien; an finanzielle Hilfen ist meist nicht zu denken. Und um eine Mietkürzung bei einer Gesamtmiete von etwa 40 Mark für eine Vierzimmer-Wohnung schert sich die öffentliche Hand keinen Deut. Anders, wenn die Häuser in Privatbesitz sind. Hier ist der Mieter König, nirgends ist er so geschützt wie in der DDR. Dieses mieterfreundliche Recht ist auch der Grund, weshalb niemand in der DDR Häuser kauft, auch wenn diese zu Dumpingpreisen angeboten werden. Spekulation mit dem Boden lohnt nicht.

Unsere gastronomischen Streifzüge waren bis auf eine Ausnahme niederschmetternd. Das fängt schon damit an, daß du nirgends deine Jacke über den Stuhl hängen kannst, ohne daß dich

die Bedienung anmacht. Die Kneipen sind meist ungemütlich, um 23 Uhr wird in der Regel geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt sind die meisten Gäste ohnehin besoffen. Die deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten könnten einer deutschen Verbrüderung Vorschub leisten: quer durch alle Ideologien – ein einzig Volk von Säufnern. In der DDR gibt es den Schnaps schon zum Nachmittagskaffee; die Flasche Schnaps, obwohl relativ teuer, fehlt nirgends.

Unsere Reisebegleiterin ist über unsere Ausflüge nicht sehr glücklich, ihre Unsicherheit wird durch unser unkontrollierbares Verhalten noch verstärkt. Ausgebildet wurde sie in einem ganz anderen Beruf, an den Job hier ist sie mehr zufällig geraten. Auch mit dem Hang zur Unpünktlichkeit kann sie nicht umgehen; Normen wie Disziplin und Pünktlichkeit, auf die bei der Erziehung des „neuen Menschen“ großer Wert gelegt wird, stecken tief in ihr drin. Politische Diskussionen mit ihr sind sinnlos, sie bleibt den offiziellen Argumentationshülsen der Partei verhaftet. Stalinismus etwa oder der Spanische Bürgerkrieg sind Dinge, über die sie nichts weiß. Solcherlei Auslassungen und Geschichtsklitterungen werfen ein Schlaglicht auf die Funktionärschulungen. Aber auch ihr Wissen über die politische Situation in der BRD ist, im Gegensatz zu vielen aus den unabhängigen Bewegungen, äußerst dünn und schablonenhaft. Besser kennt sie sich im Unterhaltungsteil des Westfernsehens aus. Unsere FDJ-Sekretärin verzichtet ungern aufs „Traumschiff“ und ist bemüht, keine Folge zu verpassen.

### 3.

Sonntag abend findet ein Jazzkonzert statt. Die Leute kommen zum Teil aus über 100 km Entfernung angefahren, obwohl nur in der Stadt selber plakatiert war. Jazz- und Rockkonzerte sind zu einem Treffpunkt der Szene geworden; hier sieht man sich, trifft Bekannte aus anderen Städten, neue Leute kommen dazu.

Zwischen den einzelnen unabhängigen Gruppen in der DDR gibt es nur einen losen Informationsfluß, keinen festen organisatorischen Rahmen. Die Gründe dafür sind klar – eine organisierte Opposition aufzubauen hieße seiner Sehnsucht nach Knast Ausdruck zu geben. In der DDR-Szene finden sich im wesentlichen Lehrlinge, junge Arbeiter, marginalisierte Jobber und Leute aus Sozialberufen. Sie kommen zusammen in kleinen Freundeskreisen, die sich auf Festen, gemeinsamen Wochenenden und manchmal auch durch Aktionen erweitern. Oft arbeiten Leute aus diesen Freundeskreisen in kirchlichen Arbeitskreisen mit, auch ohne selbst Christ zu sein, und zwar weil es diesen privaten Kreisen nicht möglich ist, sich selbständig als politische Gruppe zu organisieren („Verbotene Gruppenbildung“).

Zur Oppositionsbewegung zählen neben Friedensarbeitskreisen auch Gruppen, die sich mit ökologischen oder Frauenfragen beschäftigen. Die Ökogruppen arbeiten zu Themen wie Energiesparen, Waldsterben, AKWs oder Individualverkehr. Das Thema AKWs etwa wurde in der DDR-Öffentlichkeit nie problematisiert. Wenn davon die Rede war, wurde der technische Fortschritt als Errungenschaft des Sozialismus einseitig und unwidersprochen hochgelobt. So müssen sich diese Gruppen zunächst eigenes Wissen verschaffen, das auf verschiedene Weise an Interessierte weitergegeben wird. An die Öffentlichkeit zu gehen, ist schwierig. Wenn 40 Radler ohne Transparente gemeinsam durch Ost-Berlin fahren, dann wissen Passanten wie Behörden, daß es sich um eine eigentlich nicht verbietbare Form von Demonstration handelt. Die Gruppe wurde trotzdem aufgelöst – unter Hinweis auf die Straßenverkehrsordnung.

In letzter Zeit entstehen in der Szene zunehmend Frauengruppen. Die Rolle der Frau hat sich auch im „real existierenden Sozialismus“ nicht wesentlich verändert. Die Frauengruppen stehen dort vor ähnlichen Problemen wie im Westen. So versuchen sie, die Diskussionen, die in den Frauenbewegungen der westlichen Länder stattgefunden haben, aufzuarbeiten. Eine mühsame Arbeit, da die dafür notwendigen Bücher und Zeitschriften zum überwiegenden Teil in die DDR geschmuggelt und dort vervielfältigt bzw. abgeschrieben werden müssen.

Zur Bewegung zählen auch – ganz wichtig – die Jazz-, Rockgruppen und Liedermacher. Können sie öffentlich auftreten, sind die Konzerte stets ausverkauft. Müssen auch die Texte oft verschlüsselt sein, weiß doch jeder, was gemeint ist. Musik, vor allem Rockmusik, ist Ausdruck des Protestes und gleichzeitig eine der wenigen Möglichkeiten sich auszutoben. Hat eine Gruppe oder ein Liedermacher keine Auftrittslizenz, finden Konzerte oft in Privatwohnungen statt. Daß die Staatsführung in Sachen „Musik“ unter Druck geraten ist und zudem wohl ein kontrollierbares Ventil schaffen will, zeigen verschiedene Auftritte von westlichen Gruppen in letzter Zeit.

Für viele der genannten Arbeitskreise bietet die evangelische Kirche einen relativ geschützten Freiraum für beschränkte politische Aktivitäten. In den letzten Jahren hat die Kirchenführung mit dem Staat mühsam ein Übereinkommen über „Zuständigkeitsbereiche“ getroffen. In den Augen von Teilen der Kirchenhierarchie stören die unabhängigen Aktivitäten an der Basis, die unkontrollierbar und radikaler als wünschenswert geraten können, dieses *fait accompli*. Die Kirchenleitung fürchtet, daß durch aufmüpfige Aktionen der diversen Gruppen die SED zu einer härteren Gangart gegenüber der Amtskirche veranlaßt werden könnte. Und mancher Kirchenherr sieht seine Privilegien wie Reisen ins NSW, ins Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet, gefährdet, wenn die Arbeitskreise seines Bezirks unangenehm auffallen.

Das bißchen staatsfreier Raum außerhalb der Kirche wird zunehmend verkleinert. Anfangs stand der Staatsschutz der neuen lockeren und informellen Jugendkultur recht hilflos gegenüber. Diese Alternativkultur ist, obwohl eine Minderheit, zu einem nicht mehr zu übersehenden Problem für die Obrigkeit der DDR geworden. Der Stasi schreitet willkürlich ein, mit ihm muß immer gerechnet werden. So werden zunehmend nicht nur Aktionen und politische Treffen beschattet oder verhindert, sondern auch private Treffen und Feste. Diese Feste sind oft republikweit bekannt, ebenso wie kirchliche Treffen – der Informationsfluß klappt. An Wochenenden ist die halbe Szene unterwegs, oft quer durch die Republik. Immer wieder wird nach Vorwänden gesucht, die diese Treffen ermöglichen und den Behörden keinen Vorwand zum Eingreifen geben. Das „Spiel“ mit dem Stasi, der Polizei und anderen Ordnungsorganen ist unumgänglich; Belehrungen, Aussprachen und Vorladungen gehören zum Alltag.

Bei dem kirchlichen Friedensarbeitskreis, zu dem wir eingeladen sind, sind etwa 25-30 Leute anwesend. Zum Umfeld gehören noch mal so viele. Anfangs werden die letzten Aktivitäten noch mal kurz besprochen, Eingaben an den Staatsrat etwa oder Probleme, die entstanden sind, weil einige einen Brief an Honecker geschrieben und dazu Unterschriften gesammelt haben. Das Spektrum der Aktionen ähnelt dem im Westen – wenn es auch keine massenhaften Aktionen zivilen Ungehorsams sein können. Aber grundlegender Ungehorsam ist es schon, sich den Forderungen des Staates und der zunehmenden Militarisierung der DDR-Gesellschaft zu entziehen. Das äußert sich im Versuch, andere Lebensformen zu finden, geht weiter über das öffentliche Zugehörbringen eigenständiger Meinungen und geht bis zum bewußten Verzicht auf Karriere. Christliche Friedensbewegte bringen Aktionsformen wie Fasten und Meditieren ein. Es kommt auch vor, daß sich jemand um des Friedens willen den Kopf kahl schert und barfuß läuft. Im Arbeitskreis dreht sich die Diskussion bald um die Gruppe selbst. Wie geht die Arbeit weiter nach der Stationierung im Westen und der angekündigten Antwort im Osten? Wie reagieren auf die zunehmende staatliche Repression? Sollen andere Organisationsformen gesucht werden, welche öffentlichen Aufgaben hat der Arbeitskreis, welche Funktionen für den einzelnen?

Probleme untereinander tauchen auf. Das, was wir als „Friedensarbeit“ kennen, läuft nebenher. Wir erfahren später, daß die Gruppe durch Verschiedenes verunsichert ist. Frühere Aktivisten wurden vor kurzem ausgewiesen oder sind von sich aus gegangen; die Lücken, die sie lassen, sind noch nicht gefüllt. In letzter Zeit kommen immer mehr Leute, die einen Ausreiseantrag gestellt haben, zur Gruppe. Sie rechnen sich dadurch höhere Chancen aus, ihren Antrag genehmigt zu bekommen. Da man nicht von jedem Neuen weiß, ob er die Mitarbeit in der Gruppe als „Sprungbrett in den Westen“ benutzen will, entsteht Mißtrauen. Mißtrauen gegen radikale Vorschläge, gegen Neulinge, die keinem bekannt sind. Ein Gefühl von Unsicherheit ist in der Gruppe aufgetaucht, in der sich früher viele sicherer gefühlt haben; verstärkt wird dieses Gefühl durch den Verdacht, einen Stasi-Spitzel im Arbeitskreis zu haben.

#### 4.

Überall in der Stadt stehen die gleichen genormten und langweiligen Parolen, die keinem mehr auffallen: Selbstverpflichtung zu mehr Leistung bedeutet Stärkung des Sozialismus und damit Sicherung des Friedens... Und stereotyp: Freundschaft mit der Sowjetunion. Im krassen Gegensatz dazu ist es den DDR-Bürgern verboten, mit den dort stationierten Sowjetsoldaten Kontakt aufzunehmen. Begegnungen finden nur unter staatlicher oder betrieblicher Kontrolle, etwa bei Arbeitsbrigadefesten statt und erschöpfen sich meist in gemeinsamen Besäufnissen. Für die Soldaten sicher eine willkommene Abwechslung vom Kasernenalltag. Ausdehnung und Fortsetzung von Bekanntschaften sind allerdings unerwünscht und verboten.

In der Stadt finden sich kaum Graffitis oder gesprühte Parolen. Ab und zu wird, vorsichtig mit Kreide geschrieben, der örtliche Fußballclub angefeuert oder eine Jugendliebe angezeigt. An Politischem findet sich eine versteckte „Solidarnosc“-Parole und das einsame Werk eines Nachahmers des Züricher Sprayers. Kein Wunder, für Sprayen kann es zwei Jahre Knast geben. Im Oktober 83 ist in der DDR ein „Ring“ von jugendlichen Sprayern aufgefliegen, die seither in U-Haft sitzen. Ewig gleich wie die Straßenparolen sind die Zeitungen und Nachrichten. Endlos werden Politikerreden abgedruckt. Die Zustimmung der Bevölkerung zur Rede des Betreffenden flimmert einen Tag später über die Mattscheibe, um tags drauf in der Zeitung bekräftigt zu werden.

Derartigem Beschuß sind die DDR-Bürger von morgens bis abends ausgesetzt. Das beginnt im Kindergarten mit militaristischem Spielzeug. In jedem Gruppenzimmer stehen Soldatenfiguren und Panzer. In den obligatorischen „Beschäftigungen“, die der Vorbereitung auf Schule und Beruf dienen, werden zuweilen die dazu passenden Zielscheiben gebastelt. Schon im Kindergarten wird großer Wert auf Leistung und Disziplin, Ordnung und Pünktlichkeit gelegt. Spielen und Austoben kommt erst nach diesen Grundlektionen.

Für die 6 - 14jährigen werden militärische Geländespiele veranstaltet, bei denen Mini-panzer eingesetzt werden. Für diese Kleinstmanöver verpflichten sich die Kinder zu „hohen wehrsportlichen Leistungen“. Die Zeitung, die in den unteren Klassen an alle Schüler verteilt wird,

strotzt vor glorifizierenden Darstellungen des Soldatseins. Diese Militarisierung setzt sich fort über den Wehrkundeunterricht, über Leistungen für die Zivilverteidigung und Schulungen innerhalb der FDJ, der etwa 70 % der Jugendlichen angehören. Die betriebliche Fortsetzung sind die Betriebskampfgruppen und die Gesellschaft für Sport und Technik.

Schon früh beginnt die Armee, Schüler auf eine freiwillige Verpflichtung zum Militärdienst anzusprechen; Jugendliche sollen oft schon mit 16 eine Verpflichtungserklärung unterschreiben. Ein Studium ist nicht möglich, ohne sich nicht vorher für mindestens drei Jahre verpflichtet zu haben. Während des Studiums bleibt man Reserveoffizier und ist damit dem jederzeit möglichen disziplinarischen Zugriff ausgesetzt. Auch die Frauen werden von dieser Maschinerie erfaßt. Sie durchlaufen ein vierwöchiges Zivilschutzlager, in dem kaum verhüllt paramilitärische Ausbildung betrieben wird.

Um beruflich weiterzukommen, Karriere machen zu können, ist „gesellschaftliche Aktivität“ notwendig. So wird man nicht erst auffällig durch unangenehmes Handeln, sondern schon durch Unterlassung, durch Nicht-Mitmachen. Kaum jemand entzieht sich dieser Forderung. Gesellschaftliche Aktivität bedeutet ehrenamtliche Mitarbeit etwa in der FDJ, der Gewerkschaft, einer Gliederung der Nationalen Front oder anderen Gremien. Eine große Anzahl entzieht sich diesem Anspruch jedoch indirekt, indem das geforderte Engagement auf kulturellem Gebiet, beispielsweise bei Singgruppen oder Laientheatern abgeleistet wird. Alle diese Notwendigkeiten werden ohne innere Anteilnahme als lästige Pflicht abgespult. Dasselbe gilt für die obligatorischen Massenaufmärsche oder die ständig wiederkehrenden Unterschriftensammlungen in den Betrieben. Bei der letzten dieser Sammlungen ging es darum, sich für die östliche Nach-Nachrüstung auszusprechen und sich gleichzeitig zu mehr und besserer Arbeit zu verpflichten („Das sozialistische Lager wirtschaftlich stärken, heißt den Frieden sichern helfen“). Allerdings hatte sich die Partei verrechnet: Bei der Verpflichtung zu noch mehr Arbeit machten die Werktätigen nicht mehr mit. Freunde erzählten, daß die Sammlung eingestellt wurde, nachdem sichtbar war, daß nicht mehr als 50 % unterschreiben würden. Das Verweigern der Unterschrift ist allerdings kein Anzeiger für gestiegenes Bewußtsein, sondern belegt eher eine weitverbreitete Stimmung, mit Politik in Ruhe gelassen zu werden.

Am Freitagabend oder Samstagmittag fahren die meisten auf ihre Datsche, um sich dem permanenten Gefordertsein wenigstens kurzzeitig entziehen zu können. Diese Lethargie einer Politik gegenüber macht es den Aktivisten aus den verschiedenen Bewegungen schwer, öffentlichkeitswirksam zu arbeiten. Die Menschen haben Berührungssängste, lassen sich ungern auf Diskussionen ein.

So entstehen Aktionsvorschläge wie der, einen Monat lang eine Bushaltestelle sauber zu halten. Die Gesichter sollen den Leuten, die den Bus benutzen, bekannt werden. Dadurch soll ein Klima geschaffen werden, in dem Diskussionen über Umweltverschmutzung und andere ökologische Fragen möglich sind. Und wer wollte abstreiten, daß das Sauberhalten einer Bushaltestelle eine gesellschaftlich nützliche Aktivität ist?

## 5.

Die Friedensbewegung in der DDR ist eigentlich eine Jugendbewegung. Nur teilweise sind Ältere dabei, Pastoren oder Leute aus der Oppositionsbewegung in den 70ern, sofern diese nicht ausgewiesen wurden oder resigniert haben. Die meisten aber sind zwischen 16 und 25. Insgesamt eine bunte Mischung, die von Lehrlingen über die Freaks zu den Punks, von Christen zu Atheisten reicht.

Als wir zu einer der seltenen Wohngemeinschaften in der Stadt kommen, bietet sich ein aus westlichen Wohngemeinschaften bekanntes Bild. Aus der Anlage dröhnt ein Mitschnitt vom letzten Rockpalast. Wir sollten bald erfahren, daß an diesem Tisch einige mit Knasterfahrung sitzen, andere, die aufgrund ihres Engagements beruflich deklassiert wurden. Vor dem Haus bezieht der Stasi öfter Stellung.

Die Kritikpunkte sind bei allen dieselben. Dabei kommt an erster Stelle die fehlende Freizügigkeit. Reisen ist für den Normalbürger fast unmöglich geworden. „Polen ist nicht mehr, für Rumänien und Ungarn bekommst du kaum ein Visum, bleibt noch die CSSR übrig.“ Das Gefühl, in einem großen Knast zu sitzen, herrscht bei den meisten vor. Reisen würden sie alle gern, aber die meisten äußern, daß sie wieder zurückkommen würden. Ihre Ansichten über den Westen sind illusionslos. Die Szene weiß mit dem Westfernsehen erstaunlich gut umzugehen. Eine andere Informationsquelle sind die Ausgebürgerten und „Bundis“, die zu Besuch kommen. Nach dem Westen wollen nur wenige, die verbreitete Haltung ist, im eigenen Land für Veränderungen zu kämpfen und sich nicht verjagen zu lassen. Märtyrertum entsteht daraus jedoch nicht. Haben die Behörden allerdings einen Punkt gefunden, der es ermöglicht, einen einzelnen vor die Wahl „einige Jahre Knast oder Ausreise“ zu stellen, wählt jeder die Ausreise.

Rausgeschmissen, ob sie wollten oder nicht, wurden im letzten Jahr viele – die Szene wird ausgedünnt. Ellen ist mit knapp über 30 die einzige Ältere am Tisch. Sie hat sich neue Freunde suchen müssen, nachdem ihr alter Bekanntenkreis jetzt praktisch geschlossen im Westen

ist. Die Ausweisung ist das letzte Glied in einer langen Kette von staatlichen Repressionsmöglichkeiten, die schon mit der Erfassung im Kindesalter beginnen. Abweichung soll bereits durch den Kindergarten und durch die Jungen Pioniere verhindert werden. Die Beaufsichtigung durch die Jugendorganisationen der Partei reicht bis zum 18. Lebensjahr. Ab der Einschulung wird eine Karte angelegt, die den DDR-Bürger sein Leben lang begleitet und die er nicht zu Gesicht bekommt. Diese Karte wird vom Betrieb weitergeführt.

Berufliche Disqualifikation ist ebenfalls ein beliebtes Druckmittel. Innerbetriebliche Aussprachen, in denen der Betreffende kritisiert wird, sind häufig. Oft wird auch gekündigt. Da jedoch Anspruch auf einen Arbeitsplatz besteht, muß der Betrieb dem Gekündigten eine neue Stelle vermitteln. Dabei gibt es dann eben immer nur einen schlechteren Arbeitsplatz. Abgelehnt werden können diese „Angebote“ nur begrenzt. Bei Arbeitslosigkeit gibt es in der DDR keine finanzielle Unterstützung, denn ohne Arbeit zu sein, bedeutet, nicht arbeiten zu wollen. Und auf asoziales Verhalten wie Arbeitsverweigerung kann mit Gefängnis geantwortet werden.

So versuchen viele, eine Stelle bei der evangelischen Kirche zu bekommen oder sie suchen Arbeit als Friedhofsgärtner, Bürobote oder Küchenhilfe, Bereiche, in denen die Drohung mit dem beruflichen Abstieg lächerlich wird. Freiwillig ist dieser Rückzug allerdings nicht immer. Evelyn war als Facharbeiterin angestellt. Als sie vom Babyjahr zurückkam, mußte sie die Produkte, die sie bisher hergestellt hatte, polieren: „innerbetriebliche Umorganisation“. Als sie später nach längerer Krankheit wieder in den Betrieb kam, war sie in die Packerei versetzt: „innerbetriebliche Umorganisation“.

Der betriebliche Kontrollapparat ist Vorläufer der staatlichen Kontrolle. Wer sich dem organisatorischen Rahmen der Partei oder anderer staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen entzieht, wird auffällig. Mit Kriminalisierung hat jeder zu rechnen, der auffällt und sich nicht die Flügel stutzen läßt. Kriminalisierung muß nicht immer Knast sein, auch der Entzug des Ausweises gehört dazu. Anstelle dessen gibt es dann ein Ersatzpapier, den PM 12. Wer dieses Papier besitzt, ist gekennzeichnet. Der normale Ausweis allein ist schon Kontrollmittel. Er beinhaltet Personenkennziffer, Ehepartner (auch geschiedene), Kinder, alle bisherigen Wohnsitze und eingetauschten Währungen. Und natürlich muß das Paßbild immer auf dem neuesten Stand sein – so werden Bartwuchs und Haarschnitt zum Akt staatlicher Erkenntnis.

Gerichtsverhandlungen gleichen oft Farcen – entschieden wird nur noch über das Strafmaß. Öffentlichkeit ist selten zugelassen, die Verteidigung wird behindert, die genaue Anklage dem Betroffenen oft erst kurz vor Verhandlungstermin bekannt gemacht.

Der Umgang mit Knast gehört in allen Teilen der Jugendbewegung dazu, mehr als bei uns. In jeder Stadt haben welche gesessen, aus jedem Freundeskreis. Erfahrungen mit wenigstens ein paar Tagen Haft haben viele. Die staatliche Repression erzeugt eher Wut als Angst. Viele Rechte und Freiheiten sind eingeschränkt, noch mehr an Einschränkungen stillschweigend hinzunehmen, ist die Szene nicht bereit. So versuchen sie, ihre Vorstellungen von Leben und Politik umzusetzen, auch wenn dadurch Nachteile entstehen.

Engagement in den unabhängigen Bewegungen bedeutet vor allem den Versuch, gesellschaftliche Freiräume zu erweitern, kritische Diskussionen führen zu können und politisches, nicht staatsgebundenes Handeln überhaupt erst zu ermöglichen. Bei diesem Kampf um die Erweiterung der Spielräume sind die Übergänge zwischen privatem Treff und politischer Arbeit fließend. Eine Wohnung, zumal wenn einigermaßen groß, wird nicht als Rückzugsstätte, sondern als Möglichkeit zum politischen oder kulturellen Treffpunkt benutzt. In solchen Wohnungen finden oft selbstorganisierte Lesungen, Liedermacher- oder Diskussionsabende statt.

Wie die politische Diskussion erschwert wird, zeigt sich bei einem Gang durch die Buchläden. Marx und Rosa Luxemburg etwa gibt es kaum zu kaufen. Was ab und an von ihnen in den Regalen steht, sind zu einem bestimmten Themenbereich ausgewählte und zusammengestellte Texte. Ausgewählt vom ZK der SED oder der KPdSU. Anscheinend ist es dem real existierenden Arbeiter- und Bauernstaat zu gefährlich, wenn die Arbeiter und Bauern Marx ohne seine Anleitung lesen.

Wie eine sich liberal gebärdende Veröffentlichungspraxis aussieht, erzählt uns Isolde, die in einer Frauengruppe mitarbeitet. „Von der Beauvoir sind einige Titel in der DDR erschienen. Allerdings in solch kleinen Auflagen, daß die Bücher kaum bis in die Buchhandlungen gelangen. An ein solches Buch zu geraten, ist äußerst unwahrscheinlich.“ So werden Bücher und Infos, die illegal aus dem Westen kommen, oder selbstgeschriebene Texte oft durch Abtippen und Abschreiben verbreitet – eine mühsame Arbeit. Auf diesem Gebiet schleicht sich eine eigenständige deutsch-deutsche Verständigung ein. Die Kontakte in die BRD sind zahlreicher und kontinuierlicher geworden und Besucher nehmen das Risiko auf sich, Bücher in die DDR zu schmuggeln.

## 6.

Es zeichnet sich ab, daß die Freiräume der unabhängigen Bewegungen in Zukunft eher kleiner werden. In der evangelischen Kirche, bisher einziger geschützter, nicht-staatlicher und öffentlicher Raum in der DDR, wird der Wildwuchs an der Basis zunehmend kritischer betrachtet. Auch kirch-

liche Arbeitskreise müssen sich vermehrt Vorwände einfallen lassen, um gemeinsame Aktivitäten organisieren zu können. Sie sind verstärkt auf Pastoren und kirchliche Mitarbeiter angewiesen, die den Mut haben, innerhalb der Kirche anzuecken.

In der Diskussion innerhalb der Gruppen zeichnen sich zwei unterschiedliche Standpunkte ab. Die einen warnen vor „radikalen und unüberlegten“ Aktionen, die nur noch schärfere Repression nach sich ziehen und so das bisher Erreichte gefährden würden. Die anderen sind der Auffassung, daß die erkämpften Handlungsspielräume nur durch offensives Auftreten erhalten und erweitert werden können und warnen vor einem Stillstand in den Bewegungen oder gar einem Zurückfallen hinter bereits Erreichtes.